

www.arge-ja.at

Neue Argumente

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie

In dieser Ausgabe:

- **Atomenergie ist nicht beherrschbar!** Es gibt keine Technik ohne den Preis eines begrenzten Risikos. Das Risiko der Atomenergie aber ist einzigartig, weil es grenzenlos und total ist Seite 1
- **Österreichische Atomstromimporte:** 3,2 Milliarden Kilowattstunden im Jahr, das entspricht der Produktion zwei großer Donaukraftwerke Seite 4
- **Forderungen an die österreichische Regierung zur Atompolitik** Seite 4
- **25 Jahre Tschernobyl: „Eine zweite Katastrophe kommt näher“**
Interview mit dem russischen Umweltpolitiker Alexei Jablokow über die umstrittenen Opferzahlen von Tschernobyl Seite 5
- **Neuer Sarkophag für Tschernobyl: sinnlose Millionen-spende für die Bauwirtschaft?** Seite 7
- **EU-Strahlungs-Grenzwerte für Lebensmittel aus Japan gesenkt, aber immer noch zu hoch** Seite 7
- **Kurzmeldungen** Seite 8

Die Lehre aus Fukushima:

Atomenergie ist nicht beherrschbar!

Es gibt keine Technik ohne den Preis eines begrenzten Risikos. Das Risiko der Atomenergie aber ist einzigartig, weil es grenzenlos und total ist: radioaktive Verstrahlung über tausende Kilometer, von Millionen Menschen über lange Zeiträume. Weil nicht passieren darf, was passieren kann, darf eine solche Technik nicht eingesetzt werden

Die nukleare Katastrophe in Japan zeigt einmal mehr, daß die Atomenergie selbst in einem Land mit höchstem technologischen Standard nicht beherrschbar ist. Naturkatastrophen, menschliches Versagen oder Terrorakte können nirgendwo auf der Welt ausgeschlossen werden, aber eine atomare Energieversorgung potenziert die Verwundbarkeit von Mensch und Umwelt weit über regionale Grenzen hinaus. Der Traum von der Kontrolle des nuklearen Feuers stammt aus einer völligen Selbstüberschätzung eines technokratisch besessenen Geistes, der mit der Gesundheit und Leben von Millionen Poker spielt. Es ist Zeit, den nuklearen Größenwahn von Kernspaltung und Kernfusion endgültig auf den Schrotthaufen der Geschichte zu entsorgen, und mit aller Kraft für einen internationalen Ausstieg aus der Atomenergie einzutreten.

Während in Fukushima die Situation nach wie vor außer Kontrolle ist und große Mengen radioaktiver Strahlung freigesetzt werden, wendet sich das öffentliche Interesse wieder anderen Themen zu. Ein explodierendes Atomkraftwerk ist ein medienwirksames Thema, doch welcher Sender wird uns das entsetzte Schweigen im Kreis einer Familie übertragen, wenn die Diagnose Krebs gestellt wurde, ein Kind mit Mißbildungen zur Welt kommt, oder ein Kind, das bei den weit erhöhten Strahlungsgrenzwerten die Schule besucht, nach einigen Jahren oder auch Jahrzehnten eine schwere Krankheit entwickelt? Dann wird es heißen, man könne den Zusammenhang nicht beweisen. Von der zerstörten Umwelt, auf Jahrhunderte unbewohnbar gemachter Landstriche, dem radioaktiv verseuchten Meer und der geschädigten Pflanzen- und Tierwelt ganz zu schweigen.

"Der unverzügliche Wechsel zu erneuerbaren Energien ist keine Last, sondern die größte greifbare soziale und wirtschaftliche Zukunftschance"

Hermann Scheer



Es gibt kein sicheres Atomkraftwerk

Immer wieder hat die Atomlobby uns versichert, die Wahrscheinlichkeit eines GAUs läge bei einem Mal alle zehntausend Jahre, und aus Tschernobyl habe man gelernt. Nun haben wir schon den dritten Fall einer Kernschmelze innerhalb von 40 Jahren. Tatsache ist, daß es prinzipiell kein absolut sicheres Atomkraftwerk geben kann. Das ergibt sich schon aus der hohen technischen Komplexität dieser Anlagen. Man kann zahlreiche Risikoszenarien durchspielen – was passiert, wenn Komponente A ausfällt, welche Folgen hat das auf Komponente B und C – doch es ist unmöglich, alle Interaktionsmöglichkeiten durchzuspielen, oder sich überhaupt nur vorzustellen. Wir leben heute mit zahlreichen technisch hochkomplexen Systemen, wie dem Eisenbahnnetz oder dem Internet, aber in keinem Fall sind die Folgen einer Fehlfunktion so dramatisch und langfristig wie bei Atomkraftwerken.

Die teuerste Art der Stromerzeugung

Keine Versicherung wird jemals den Schaden Fukushimas bezahlen können, und wir sprechen nur von jenen Schäden, die überhaupt in Geld ausdrückbar sind. Verlorenes Leben, verlorene Gesundheit sind unersetzlich. Die für Atomkraftwerke vorgeschriebenen Versicherungen sind geradezu lächerlich angesichts der drohenden Schäden. Das Risiko trägt die Allgemeinheit, nicht nur die gegenwärtige, sondern auch künftige Generationen, die den für tausende Jahre strahlenden Müll aufgebürdet bekommen. Jedes Jahr kommen weltweit 12.000 Tonnen dazu. Nochmals zahlt die Allgemeinheit über Subventionen, die selbst nach einem halben Jahrhundert technischer Entwicklung die Atomenergie noch immer zu einer der am höchsten subventionierten Energieformen macht, laut IEA (*Internationaler Energieagentur*) weltweit 45 Mrd. Dollar im Jahr 2007¹. Würden alle Energieformen fair nach ihren volkswirtschaftlichen Nutzen und Kosten

verglichen, wäre die Atomenergie (neben Kohlekraftwerken) die teuerste Art der Stromerzeugung.

Atomkraft rettet das Klima nicht

Die Atomenergie wird mit dem Argument beworben, daß sie CO₂-neutral und daher in Zeiten des Klimawandels unverzichtbar sei. Tatsächlich werden schon bei Rohstoffgewinnung, Aufbereitung und Transport des Urans beträchtliche CO₂-Mengen freigesetzt, die den Emissionen eines modernen Gaskraftwerks entsprechen. Dazu kommt, daß Atomkraftwerke nur 30% der erzeugten Energie in Elektrizität umwandeln, 70 Prozent werden als Abwärme in die Umwelt geleitet. Dies bringt einen großen zusätzlichen Wärmeeintrag in die Atmosphäre, wie es auch bei der fossilen Verbrennung geschieht. Diese Wärmemengen können nach einer Theorie von August Raggam möglicherweise nicht zur Gänze in den Weltraum abgestrahlt werden. Schon eine geringe Erhöhung der Erddurchschnittstemperatur könnte so eine selbstverstärkende Kettenreaktion durch zusätzliches Ausdampfen von CO₂ aus den Weltmeeren auslösen².

Das Ende des Atomzeitalters?

Das Unglaubliche nach Fukushima ist ja, daß es immer noch namhafte Leute gibt, die an einer Zukunft mit atomarer Energieversorgung festhalten. Der ehemalige IAEO-Chef Hans Blix sagte unlängst in einem Interview, er rechne nach einer mehrjährigen Pause und Abschaltungen mit wieder mit einem nuklearen Frühling. Hinter solchen Äußerungen steht sowohl ein krasser Mangel an Vorstellungskraft über das tatsächliche Ausmaß der Katastrophe, und den Opfern, die sie noch fordern wird, als auch über das Potential der Sonnenenergien als Alternative. Fukushima ist ein Wendepunkt in der

Absolute Sicherheit von AKWs wegen technischer Komplexität prinzipiell unmöglich

“Die physikalische Chaostheorie sagt, dass kleinste Änderungen in komplexen Systemen sehr große Auswirkung haben können. Mit anderen Worten: Wir können aus naturwissenschaftlichen Gründen niemals wissen, wie sicher unsere Kernkraftwerke wirklich sind, denn wir sind nicht in der Lage, ihre Sicherheit zu berechnen.

Die Unvorhersagbarkeit von komplexen technischen Systemen ist unabhängig von der zur Verfügung stehenden Menge der Betriebsinformationen, weil das Gesamtsystem grundsätzlich nicht durch die Analyse seiner einzelnen Komponenten voll verstanden werden kann. Daher können wir prinzipiell nicht wissen, warum und wann technische Systeme versagen. Wir stoßen hier an eine fundamentale Schranke menschlicher Fähigkeiten.

Im Fall von Kernkraftwerken mit Gefahren für Millionen von Menschen ist dies nicht länger zu tolerieren.“

Aus einem von 300 Wissenschaftlern unterzeichneten Brief für einen Atomausstieg vom 31.3.2011 an die deutsche Bundeskanzlerin Merkel



Geschichte der Energieerzeugung, aber diese Wende wird es nicht kampflos geben, und sie wird weltweit mit sehr unterschiedlichen Geschwindigkeiten stattfinden. In Deutschland sind die Weichen gestellt, und dort hat sich wieder einmal gezeigt, wie ein machtvoll geäußertes Bürgerwille entgegen allen Lobbies von heute auf morgen die politischen Verhältnisse umkehren kann. Durch Fukushima haben Millionen Menschen begriffen, wie gefährlich die atomare Energieerzeugung ist. Das in diesen Wochen auf der ganzen Welt verbreitete Wissen kann auch die mächtigste Lobby nie wieder zurückrufen. Das wird den Neubau von Kraftwerken künftig noch schwieriger machen, und wegen höherer Sicherheitsauflagen auch teurer. Da die Finanzierung neuer Atomkraftwerke schon in den letzten Jahren wegen der gigantischen Kosten, regelmäßigen massiven Budgetüberschreitungen und langen Amortisationszeiten schwierig geworden war, könnte diese weitere Erschwernis nun den entscheidenden Ausschlag zugunsten von Alternativen geben - wenigstens dort, wo etwas Vernunft und demokratische Strukturen an den Entscheidungen beteiligt sind.

Die erneuerbaren Energien sind mittlerweile technisch weit fortgeschritten. Das macht die Ausgangssituation heute anderes als nach

Tschernobyl, wo diese Option zwar auch damals die richtige Entscheidung gewesen wäre, aber der Weg dorthin noch um einiges weiter.

Umstieg auf Erneuerbare Energien – große Chance und Generationenherausforderung

"Der unverzügliche Wechsel zu erneuerbaren Energien ist keine Last, sondern die größte greifbare soziale und wirtschaftliche Zukunftschance", sagte der Träger des alternativen Nobelpreises Hermann Scheer.

Die Energiewende ist eine **wirtschaftliche Chance**, weil enorme Geldsummen für den Import fossiler Rohstoffe erspart werden, das Geld stattdessen für die Schaffung neuer Unternehmen und Arbeitsplätze im Inland zur Verfügung steht. Dadurch entsteht zusätzliche inländische Kaufkraft und Steueraufkommen. Zahlreiche dieser neuen Arbeitsplätze können wegen der dezentralen Natur der erneuerbaren Energien in ländlichen Regionen geschaffen werden, die bisher von Verödung und Abwanderung bedroht waren.

Eine **Chance für Mensch und Umwelt**, den Klimawandel zu bremsen, Massen-Migrations-

bewegungen zu verhindern, sowie unbezahlbar werdende Umwelt- und Gesundheitsschäden abzuwenden.

Eine **politische Chance**, weil ein Land, das seine Energie selbst erzeugt, souverän agieren kann und nicht von diktatorischen Regimes, wie sie in öl- oder gasfördernden Ländern oft an der Macht sind, erpreßbar ist - nach dem Motto „wir ignorieren eure Menschenrechtsverletzungen, wenn ihr uns nur Öl liefert“ (z.B. *Gadaffi-Öl für Österreich*). In Zeiten, da die weltweite Ölförderung ihr Maximum erreicht hat, der Energiehunger der Welt aber stetig weiter wächst, werden Kriege um Rohstoffe immer häufiger und brutaler werden. Eine **eigenständige Energieversorgung sichert den Frieden und erspart Milliarden für Militärausgaben**.

Im eigenen Land kommt es zu einer Stärkung demokratischer Strukturen, weil im Prinzip jeder Bürger oder jede Gemeinde zum eigenständigen und nahezu selbstversorgenden Energieproduzenten werden kann. Dadurch ergibt sich eine **Befreiung von Bürgern und regionalen Körperschaften aus der Abhängigkeit von finanzgewaltigen monopolistischen Energieversorgern**, die heute einen Machtfilz mit der Politik bilden, und gegenwärtig im Sinne ihres eigenen Machterhaltes alles tun, um genau diesen volkswirtschaftlich so nötigen Wandel der Energieversorgung so lange wie nur möglich zu blockieren. In einer Zeit, wo wir weltweit erschreckende Konzentrationsprozesse von Macht und Geld erleben, ist dieser uns durch eine Technik eröffnete Fluchtweg zu Dezentralisierung und Demokratieerhaltung gar nicht kostbar genug einzuschätzen.

C.S.

1 Die Presse, 18.03.2011

2 August Raggam: Buch "Biomasse stoppt Klimawandel", dbv 2008, S.26f



Atomgegner am 22.3. vor dem Parlament
Foto: Roland Egger, atomstopp_atomkraftfrei leben

Österreichische Atomstromimporte: Temelín statt Zwentendorf

4

Vorbei sind die Zeiten, wo Österreich noch Strom exportierte. Heute importiert Österreich rund um die Uhr Atomstrom – mindestens 3,2 Milliarden Kilowattstunden im Jahr. Dies entspricht der Jahresproduktion zweier großer Donaukraftwerke oder zwei Drittel der Kapazität von Zwentendorf. Durch diesen Atomstromkonsum bewirken österreichische Verbraucher 7,2 Tonne hochradioaktiven Abfall pro Jahr. Ein großer Teil dieses Stroms kommt aus Tschechien von den AKWs Temelín und Dukovany. Offiziell tritt Österreich für die Abschaltung dieser Risikoreaktoren ein, doch im Schatten der öffentlichen Aufmerksamkeit kaufen dann ausgerechnet **Stromversorger im Mehrheitsbesitz der Republik** – allen voran der Verbund - dort großzügig Atomstrom ein. Auf der Internetseite des tschechischen Netzbetreibers CEPS kann man die aktuellen Importe in Echtzeit mitverfolgen*.

Solange diese Situation besteht, verkommt jede österreichische Anti-Atompolitik zur Farce. Da braucht der Bundeskanzler in öffentlichkeitswirksamen Auftritten nicht anderen Ländern gute Ratschläge zum Abschalten unsicherer AKWs geben, vor mächtigen Lobbies warnen, oder von einem (rechtlich derzeit gar nicht möglichen) EU-weiten Atomausstiegsvolksbegehren träumen, wenn diese Atomstromimporte öffentlicher Unternehmen nicht sofort unterbunden werden.

Gleichzeitig wäre eine energische Förderung erneuerbarer Energien notwendig, die seit Jahren hierzulande von einer mächtigen Lobby zum Schaden des Landes effizient gebremst und blockiert wird, wie leider auch wieder an dem gegenwärtigen Entwurf zur Novelle des Ökostromgesetzes offenbar wird.

* www.ceps.cz/detail_eng.asp?cepsmenu=13&IDP=422&PDM2=427&PDM3=0

Atomausstieg selbst gemacht: Umsteigen auf Ökostrom

100% erneuerbare Energie bieten:

oekostrom AG
Telefon: +43 (0)1 961 05 61-0
www.oekostrom.at

Alpen Adria Energie AG
Tel.: 04715 222
www.aae-energy.com

Forderungen an die österreichische Regierung zur Atompolitik

- **Heimische Stromkonzerne dürfen keinen Atomstrom mehr importieren.**
- **Gefährliche Reaktoren vom Netz.** Reaktoren, die über keine spezielle Schutzhülle (Containment) verfügen, müssen abgeschaltet werden.
- **Ausstieg Österreichs aus dem Euratom-Vertrag oder Umwandlung von EURATOM in eine Strategie für einen europäischen Atomausstieg**
- **Erneuerbare Energien statt Milliardengrab Kernfusion:** Statt weiterhin Unsummen in das Kernfusionsprojekt Iter zu versenken, sollen diese Mittel in die Finanzierung erneuerbarer Energieträger umgeleitet werden.
- **Bedingungen für Stresstests:** Die beschlossenen Stresstests für EU-AKW's sollen nicht, wie derzeit geplant, von den schon bisher zuständigen Nuklearbehörden, sondern von unabhängigen Experten unter Einbeziehung von Ausnahmeszenarien (Erdbeben, Terrorismus, Flugzeugabstürze...) durchgeführt werden.
- **IAEA-Reform.** Die internationale Atomenergiebehörde IAEA soll die „Förderung der zivilen Atomwirtschaft“ aus ihren Satzungen streichen.
- **Unbeschränkte Haftung.** AKW-Betreiber sollen künftig im Falle eines Unfalls in unbegrenzter Höhe für die Schäden haften und entsprechende Versicherungen abschließen müssen.
- **Kurzfristiges Ziel:** Europaweites Moratorium für Neubauten von Atomkraftwerken
- **Langfristiges Ziel:** Atomausstieg in ganz Europa



Unabhängig von der EU kann Österreich mehrere konkrete Klagen einreichen:

1. Die seit Jahren von Tschechien ignorierte **Umsetzung des Melker Abkommens** über Sicherheitsnachrüstungen von Temelín völkerrechtlich einklagen.

2. **Vertragsverletzungsverfahren gegen Tschechien** bei der EU einbringen, da der Ausbau von Temelín mit einer europarechtswidrigen Umweltverträglichkeitsprüfung verhandelt wurde.

3. **Vertragsverletzungsverfahren gegen die Slowakei** bei der EU wegen des Weiterbaus des veralteten

Meilers des AKWs Mochovce einbringen, da das Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung EU-Recht widerspricht.

4. **Unterlassungsklagen** gegen den Betrieb von grenznahen Atomkraftwerken, die **ohne echte Schutzhülle** (Containment) betrieben werden.

25 Jahre Tschernobyl: Interview mit dem russischen Umweltpolitiker Alexej Jablokow

„Eine zweite Katastrophe kommt näher“

Der frühere Umweltberater Gorbatschows und Jelzins und Greenpeace-Russland-Gründer über die umstrittenen Opferzahlen, Tschernobyl-Touristen und den Versuch, zur Normalität zurückzukehren.

Manfred Kriener: Herr Jablokow, Sie haben sich durch Hunderte wissenschaftlicher Studien gewählt...

Alexej Jablokow: ... nicht Hunderte, Tausende!

K: Sie haben über viele Jahre alle Informationen gesammelt. Was sagen Sie heute zur Opferbilanz: Wie viele Menschen sind tatsächlich an den Folgen Tschernobyls gestorben?

J: Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten, die Zahl der Opfer zu bestimmen. Die Erste: Sie berechnen die Gesamtdosis, die die Bevölkerung abbekommen hat. Dabei wird die Menge des freigesetzten radioaktiven Materials zugrunde gelegt und nach offiziellen Dosis-Risiko-Betrachtungen die Sterblichkeit bestimmt. Die Unsicherheit dabei kommt von der Abschätzung der tatsächlich freigesetzten Menge. Laut offizieller sowjetischer Version wurde eine Strahlenmenge von 50 Millionen Curie freigesetzt. Andere Experten sagen, es waren fünf Milliarden Curie. Außerdem ist unklar, welche Strahlenmengen welche Menschen erreicht haben, weil an jedem Tag der Katastrophe die Zusammensetzung der radioaktiven Wolke

anders war. Und das Wetter über Europa war stürmisch.

K: Also wurde die radioaktive Last ganz unterschiedlich verteilt, was eine Berechnung schwierig macht?

J: Einige Regionen haben große Mengen abbekommen, andere wenig. Dazu kommen die ständig wechselnden Radionuklide: Trotz all

dieser Unsicherheitsfaktoren haben unabhängige US-amerikanische und kanadische Experten die Gesamtzahl der Toten berechnet und auf 900.000 bis 1,8 Millionen Menschen weltweit beziffert. Diese Zahl bezieht auch zukünftige Tote mit ein, weil die Tschernobyl-Nuklide weiter in der Biosphäre bleiben.

K: Es gibt noch eine zweite Berechnungsmethode. Sie geht von den tatsächlichen Todesfällen aus.

J: Beim zweiten Ansatz wird die Sterblichkeit in den am meisten versuchten Gebieten mit der in weniger belasteten Gebieten verglichen. 1996 hat die EU ja einen Spezialatlas veröffentlicht, in dem die Caesium-Verseuchung Europas dokumentiert ist. Die detaillierte Untersuchung in Russland und der Ukraine zeigt nun das Ausmaß der Tschernobyl-bedingten Sterblichkeit. Stärker bestrahlte Gebiete, die bis zu 40 Becquerel je Quadratmeter mehr erhalten haben, hatten in den 15 Jahren nach der Katastrophe eine erhöhte Sterblichkeit zwischen 3,75 und 4,2 Prozent. Unsere auf diesen Daten basierenden, groben Abschätzungen der Gesamtopferzahl gehen von 1,03 Millionen Tschernobyl-Toten aus. Rund um den Globus.

Alexej Jablokow (77) ist Biologe, Umweltpolitiker und Buchautor. Gemeinsam mit Vassily und Alexej Nesterenko hat er 2009 in englischer Sprache seine große Bestandsaufnahme vorgelegt:

„Tschernobyl: Konsequenzen der Katastrophe für Mensch und Umwelt.“

Chernobyl: Consequences of the Catastrophe for People and the Environment. In: Annals of the New York Academy of Sciences. Band 1181, 2009, S. 5

Dafür haben die Autoren alle verfügbaren Studien ausgewertet. So ist die bisher kompletteste medizinisch-wissenschaftliche Faktensammlung zur ukrainischen Reaktorkatastrophe entstanden.



6

K: *Offizielle Angaben der UN und Weltgesundheitsorganisation (WHO) sprechen dagegen von 9.000 Toten. Ein makaberes Jonglieren mit Opferzahlen. Wem soll man glauben?*

J: Per Abkommen ist die WHO auf dem Gebiet der Radioaktivität an die Internationale Atomenergieagentur gebunden. Ich selbst habe vor zwei Jahren Mahnwache gestanden am WHO-Gebäude in Genf. Auf unseren Plakaten stand: Beendet endlich dieses schamlose Abkommen! Erinnert euch an den hippokratischen Eid! Die Mahnwachen stehen rund um die Uhr an jedem Tag seit nunmehr drei Jahren. Da stehen Franzosen, Deutsche, Schweizer, Briten. Mehr will ich nicht dazu sagen.

K: *Zumindest müssten die gestorbenen und als Strahlenopfer anerkannten Liquidatoren, die zu den Aufräumarbeiten abkommandiert waren, in der Bilanz der Toten auftauchen.*

J: Die offiziellen Angaben unterscheiden sich bei der Sterblichkeitsrate der Liquidatoren genau so wie bei der Mortalität der Allgemeinbevölkerung. Sie weichen drastisch von den Angaben der Liquidatoren-Vereinigungen ab.

K: *Wie sieht Ihre eigene Abschätzung aus?*

J: Nach meinen Recherchen waren 830.000 Liquidatoren im Einsatz und nicht 600.000 wie oft behauptet. Bis zum Jahr 2006 sind von ihnen 112.000 bis 125.000 gestorben. Von diesen Toten werden 14 000 bis 15.000 direkt mit den Tschernobyl-Folgen assoziiert. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Verstorbenen lag bei rund 43 Jahren.

K: *Wie hoch beziffern Sie aufgrund der Studienlage das Ausmaß der Krebserkrankungen?*

J: Nach meiner Beurteilung hat der Strahlenphysiker Dr. Mikhail Malkow aus Minsk die realistischste Bestandsaufnahme gemacht. Allein für Europa rechnet er mit 90.000 Krebsfällen. Neben den besonders auffälligen Schilddrüsen-Krebsfällen waren es

viele Leukämien, viele Fälle von Brustkrebs, vielfache Hirntumore bei Kindern. Beim Schilddrüsenkrebs waren zunächst nur Kinder betroffen, weil deren Schilddrüse besonders anfällig für radioaktives Jod ist. Aber nach 1990 hat auch bei Erwachsenen der Schilddrüsenkrebs auffällig zugenommen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass der eigentliche Berg der erhöhten Sterblichkeit nicht von Krebs- sondern von Herz-Kreislauf-Krankheiten kommt.

K: *Wie ist das erklärbar?*

J: Viele Studien zeigen wie Strahlung auf lebende Wesen wirkt. Die molekularen biochemischen Prozesse in den Zellen ändern sich. Die vielen kleinen Mechanismen, die durch die Strahlung in Gang gesetzt werden, haben wir im Detail noch immer nicht verstanden. Aber ein besonders wichtiger Mechanismus wird durch die in den Körper gelangten Nuklide ausgelöst. So haben wir entdeckt, dass die Mehrzahl der am „Sudden Death“ gestorbenen strahlengeschädigten Menschen beträchtliche Mengen radioaktives Caesium im Herzmuskel hatten.

K: *Welche anderen gesundheitlichen Schäden sind in den vergangenen 25 Jahren dokumentiert worden? Kann man überhaupt typische Tschernobyl-Krankheiten vom übrigen Krankheitsgeschehen trennen?*

J: Am auffälligsten sind die neurologischen Erkrankungen als Ergebnis organischer Hirnschäden. Sie sind in vielen Studien sehr gut dokumentiert. Wir haben Chromosomenschäden, Fehlbildungen bei Neugeborenen, Strahlenstar der Augen, wir haben Fehlregulationen des vegetativen Nervensystems bei den Gefäßen. Dazu kommen Krankheiten des Immunsystems – einer der Hauptgründe für den vorzeitigen Alterungsprozess. Sowohl Liquidatoren als auch andere stark belastete Menschen sehen fünf bis sieben Jahre älter aus, als sie wirklich sind. Es gibt verschiedene Wege, Krankheiten als Folge von Tschernobyl zu

identifizieren. Man kann die Gesundheitsstatistiken vor und nach Tschernobyl ansehen. Und man kann den Gesundheitszustand der Bevölkerung in stark und weniger stark belasteten Gebieten vergleichen.

K: *Jetzt sollen gesperrte Gebiete für die landwirtschaftliche Nutzung wieder zugelassen werden.*

J: Ein begrenzter Anbau von Kulturen für technische Zwecke, zum Beispiel für Biosprit, wäre möglich. Aber nur unter strikter Kontrolle. Caesium und Strontium können sich trotz des Rückgangs der Strahlung an wunden Punkten des Ökosystems anreichern, etwa in Pilzen, Beeren oder im Wildfleisch.

K: *Außerdem soll der Reaktor für Katastrophen-Touristen geöffnet werden: Abenteuerurlaub in Tschernobyl. Die Regierung hofft auf eine Million Besucher im Jahr.*

J: Mit einer guten Organisation wäre es vielleicht möglich, die Aufmerksamkeit der Touristen in eine Art Antiatom-Erziehung umzumünden.

K: *Dann müsste man ihnen die ganze Geschichte erzählen. Dazu gehört auch die Umsiedlung von mehr als 300.000 Menschen. Noch immer leben über sechs Millionen in deutlich radioaktiv belasteten Gebieten.*

J: Bis zu 15 Prozent der Weißrussen haben ihre Heimat verlassen – eine der größten Völkerwanderungen. In den belasteten Gebieten ist das Ausmaß der Gesundheitsschäden so groß, dass eine Spezialversorgung nötig wäre, auch genetische Konsultationen, Entseuchungsmaßnahmen für Lebensmittel und für die Körper der Menschen. Das alles steht natürlich im Widerspruch zum Versuch einer Rückkehr zur Normalität.

K: *Herr Jablokow, kann unser Gedenken am 25. Jahrestag von Tschernobyl die Energiepolitik der Welt vernünftiger machen?*

J: Für die ausgerufene „Renaissance“ der Atomenergie ist es notwendig,



Tschernobyl so schnell wie möglich zu vergessen. Nach der Katastrophe haben USA und EU große Summen ausgegeben, um ihre Atomanlagen nachzurüsten. Seitdem sagen die „Nuklearisten“: Die Atomindustrie hat ihre Tschernobyl-Lektion gelernt, jetzt sind die Atomkraftwerke absolut sicher. Doch die Zahl der Unfälle

und Vorkommnisse geht nicht zurück, denn die Atomanlagen werden immer älter, die Laufzeiten sogar noch verlängert. Man kann aus einem alten Auto kein neues machen. Deshalb rückt ein zweites Tschernobyl nicht weiter weg. Im Gegenteil: Es kommt näher.

Das Interview mit Alexej Jablokow führte Manfred Kriener Ende Februar 2011, zwei Wochen vor Fukushima. Es entstand in Kooperation mit zeo2, dem Magazin für Umwelt, Politik und Neue Wirtschaft. www.zeozwei.de Wir danken Herrn Kriener für die freundliche Genehmigung zum Abdruck!

Neuer Sarkophag für Tschernobyl: sinnlose Millionenspende für die Bauwirtschaft?

Der alte Betonhülle um den explodierten Reaktor von Tschernobyl ist baufällig. Seit Jahren wird nun schon Geld für einen neuen Schutzmantel gesammelt, dessen Kosten auf über eine Milliarde Euro geschätzt werden. Die internationale Gemeinschaft hat bereits 550 Millionen Euro zugesagt, von Seiten der EU kam bei einer Geberkonferenz in Kiew im vergangenen April eine Zusage über 110 Millionen Euro. Der Sinn des Projektes ist in der offiziellen Version, die noch im Reaktorrinneren befindlichen großen Mengen Kernbrennstoffs von der Umgebung abzuschirmen. Untersuchungen von unabhängiger Seite stellen diesen Tatbestand in Frage. Der russische Wissenschaftler **Konstantin Tschetscherow** hat jahrelang über Tschernobyl geforscht und war mit seinem Team mehrmals im Inneren des Reaktors. Nach seiner Darstellung, mit reichem Filmmaterial belegt, ist der Reaktorkern fast leer,

weil der Kernbrennstoff bei der Explosion fast vollständig in die Luft geschleudert worden sei.

Sebastian Pflugbeil, der Präsident der deutschen Gesellschaft für Strahlenschutz, hat Tschetscherow bereits 2001 mit einem Kamerateam des ZDF ins Innere des Reaktors begleitet und dessen Schlußfolgerungen bestätigt. Pflugbeil: „Sicher ist jedenfalls, daß nicht ein Einziger der vielen westlichen Experten, die an Bergen von Gutachten über den Sarkophag geschrieben haben, selbst im Reaktorschacht gewesen ist oder selbst Messungen vorgenommen hätte. Sie alle schaufeln wieder und wieder für gutes Geld die selben russischen Daten um und verweigern sich der Wirklichkeit und der offenen kontroversen Diskussion...**Der Plan des zweiten Sarkophags ist eine reine Geldmaschine.**“ Pflugbeil sieht zwar die Notwendigkeit für gewisse

bauliche Maßnahmen, um bei einem eventuellen Kollaps des alten Sarkophags eine stärkere Freisetzung von radioaktivem Staub zu verhindern, sieht aber keine Gefahr für die 80 km entfernte Stadt Kiew oder gar für Europa. Viel wichtiger wäre es, der lokalen Bevölkerung Geld für dringend nötige medizinische Behandlungen zukommen zu lassen, dafür sei aber offenbar weder Wille noch Geld vorhanden.

Die Unverfrorenheit, mit der trotz dieser bereits seit mehr als einem Jahrzehnt bekannten Erkenntnisse noch weiter Millionen gesammelt werden, ist unglaublich - und noch mehr, daß das offenbar auch bestens funktioniert.

Die ZDF-Dokumentation „Tschernobyl - der Millionensarg“ ist als Video im Internet zu sehen: www.youtube.com/watch?v=DauydArajAo

7

EU-Strahlungs-Grenzwerte für Lebensmittel aus Japan gesenkt, aber immer noch zu hoch

Ende März hatte die EU-Kommission in einer Eilverordnung Importe verstrahlter Lebensmittel aus Japan zu wesentlich höheren Grenzwerten erlaubt, als in Japan selbst gelten. Möglich wurde diese skandalöse Vorgangsweise durch den Rückgriff auf eine im EURATOM-Vertrag bestehende Notverordnung, die nach

dem Tschernobyl-Unfall erlassen wurde, und erhöhte Grenzwerte im Fall atomarer Unfälle gestattet, um Lebensmittelknappheiten vorzubeugen. Es entstand die unerhörte Situation, daß verstrahlte Lebensmittel in Europa erlaubt waren, die in Japan verboten waren. Nach zahlreichen Protesten wurden die

Grenzwerte nun durch eine neue EU-Verordnung (351/2011) gesenkt, sind aber immer noch viel höher als jene Werte, die in Österreich vor dem EU-Beitritt galten. Die EU-Verordnung ist für drei Monate ab dem 13.4. gültig. Da japanische Lebensmittel nur in geringen Mengen direkt nach Österreich importiert werden, und



nach Auskunft des Gesundheitsministeriums derzeit zu 100% kontrolliert werden, bestehe keine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung (*umweltbewußte Bürger kaufen ohnehin vorzugsweise Lebensmittel aus regionaler, am besten biologischer Erzeugung!*). Das Ökoinstitut weist aber darauf hin, daß die Grenzwerte an sich immer noch zu hoch sind, weil sie eine Dreimonatsdosis von 3,88 Millisievert ermöglichen, während die

österreichische Strahlenschutzverordnung eine Maximaldosis von einem Millisievert für ein ganzes Jahr empfiehlt (*exklusive der natürlichen Hintergrundstrahlung und medizinischer Behandlungen*). Die österreichischen Grenzwerte vor dem EU-Beitritt hätten in diesem Fall nur eine Belastung von 0,18 Millisievert in drei Monaten erlaubt. Da ein Atomunfall auch in Europa passieren kann, und mit dem hohen Alter der meisten bestehenden Atommeiler das nicht

gerade unwahrscheinlicher wird, ist es wichtig, eine Strahlenschutzverordnung zu haben, die diesen Namen auch verdient. Allerdings wurde auch in der im Februar dieses Jahres beschlossenen Neufassung der Euratom-Verordnung von 1987 keinerlei niedrigere Grenzwerte beschlossen, und ein Alleingang in dieser Frage ist Österreich laut Auskunft des Gesundheitsministeriums aufgrund seiner EU-Mitgliedschaft verwehrt.

Kurzmeldungen

Japan verzichtet auf Ausbau der Atomenergie

Nach der Katastrophe von Fukushima will die Japanische Regierung ihre Energiepolitik ändern. Der Plan, den Anteil der Atomenergie von bisher rund 30 Prozent auf 50 Prozent zu erhöhen, wird aufgegeben. Stattdessen sollen neben Atom und Fossil erneuerbare Energien zur dritten Säule der Energieversorgung werden, kündigte Ministerpräsident Kan an.

Die Zeit, 10.5.2011

Studie: Erhöhtes Krebsrisiko schon bei geringer Strahlenbelastung

Eine im Jahr 2005 veröffentlichte französische Studie über die Krebsrisiken von Arbeitern in Atomkraftwerken hat ergeben, daß bereits eine geringfügig erhöhte Strahlendosis von 100 Millisievert in 5 Jahren zu einem um 10% erhöhten Risiko führt, an Krebs zu sterben. An der Studie nahmen 400.000 Arbeiter aus 15

Staaten teil, die durchschnittlich über 13 Jahre nachbeobachtet worden waren. Die japanischen AKW-Arbeiter wurden nach dem Unglück von Fukushima bis zu 250 Millisievert ausgesetzt.

Cardis E, Vrijheid M, Blettner M et al.: Risk of cancer after low doses of ionising radiation – retrospektive cohort study in 15 countries, 29.6.2005

Strahlenschutzbeauftragter der japanischen Regierung tritt aus Protest gegen überhöhte Strahlengrenzwerte für Kinder zurück

Nach dem Unfall in Fukushima hat das japanische Erziehungsministerium die Strahlengrenzwerte für Kinder auf 20 Millisievert pro Jahr erhöht, was dem Grenzwert für deutsche AKW-Arbeiter entspricht. Kinder sind gegenüber radioaktiver Strahlung besonders empfindlich. Der Strahlenschutzbeauftragte der Regierung **Toshiso Kosako** trat daraufhin unter

Protest zurück. Er könne solche Werte als Wissenschaftler nicht verantworten, und würde sie seinen Kindern niemals zumuten wollen, sagte er unter Tränen bei einer Pressekonferenz.

EU finanziert anderen Ländern Atomeinstieg

Unter dem Titel „Nukleare Sicherheits-Zusammenarbeit“ hat die EU-Kommission verschiedenen Ländern außerhalb Europas, die Interesse am Einstieg in die Atomenergie gezeigt haben, zwischen 2008 und 2010 insgesamt 8,2 Millionen Euro Unterstützung zukommen lassen. Das Geld wurde für technische, und rechtliche Hilfe, sowie für den Aufbau nationaler Nuklearregulierungsbehörden und Mitarbeitertraining verwendet. Empfänger waren arabische Staaten wie Marokko, Ägypten, Jordanien sowie die Philippinen und Vietnam.

Standard 7.4.11

VERLAGSPOSTAMT 1200 WIEN
P.b.b. Vertrags-Nr. 02Z032727M Erscheinungsort Wien

Retouren bitte an: 1200 Wien, Pasettistr. 89/12

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft JA zur Umwelt, NEIN zur Atomenergie, Pasettistr. 89/12, 1200 Wien

Tel. + Fax 01-332 6106 Internet: www.arge-ja.at, arge@arge-ja.at

Obmann: Univ.-Prof. Dr. DI August Raggam

Redaktion: Christiane Schmutterer, arge@arge-ja.at

Bankverbindung: Raikabank, BLZ 32000 Kto. Nr. 02.820,678

Grafische Gestaltung: Christiane Schmutterer

Druck: Stanzell Druck, 1210 Wien. Gedruckt nach den

Richtlinien des österreichischen Umweltzeichens UW-Nr. 858

Namentlich gekennzeichnete Beiträge oder solche, die deutlich als aus anderen Publikationen abgedruckt erkennbar sind, **müssen nicht die Meinung der Redaktion darstellen** und liegen nicht in ihrer Verantwortung.

